

Bezugsbedingungen und Einzelgenpreiss
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 302-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin
Telefon: Dönhofs 306-2807
auf der Reichs-Reliame-Werke
Wilhelm 5744

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Freitag
8. Mai 1925

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 306-2807
Telefon: Dönhofs 306-2807
auf der Reichs-Reliame-Werke
Wilhelm 5744

Preußen-Abstimmung erst 5 Uhr.

Vertagung auf Wunsch des Zentrums. — Es soll noch einmal mit der Volkspartei verhandelt werden!

Die Entscheidung in Preußen ist im letzten Augenblick wieder um einige Stunden verschoben worden. In der Sitzung des Vorkomitees, die um 12 Uhr mittags begann, erklärten die Vertreter der Zentrumsfraktion um eine kurze Frist, weil sie hofften, durch Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei eine Formel zu finden, die eine Ablehnung des Mißtrauensantrages ermöglichen würde. Indem die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und der Demokraten dieser Bitte Rechnung trugen, ließen sie keinen Zweifel darüber, daß von einer weiteren Vertagung nicht die Rede sein könnte und daß jedenfalls die Entscheidung über Ablehnung des Mißtrauensantrages oder sofortige Auflösung des Landtages heute noch fallen müßte.

Ob die Entscheidung bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum fällt, oder ob außerdem ein positives Vertrauensvotum zur Abstimmung gebracht wird, steht noch dahin. Die Sozialdemokratie vertritt jedenfalls den Standpunkt, daß der vom Landtag gewählte Ministerpräsident nach der Ablehnung eines Mißtrauensvotums eines weiteren Vertrauensvotums nicht mehr bedürfte.

Eine von LL. verbreitete Meldung, wonach an die Stelle der Regierung Braun ein Kabinett treten soll, das „eine Verbindung zwischen einem Kabinett der Volksgemeinschaft und einem Beamtenkabinett darstellt“, ist tendenziös und dient Zwecken der Verwirrung.

Die Schuld daran, daß nach den Dezemberwahlen die Bildung einer festen Regierung in Preußen, die auf einer tragfähigen parlamentarischen Mehrheit beruhte, nicht zustande gekommen ist, liegt in erster Linie bei der Deutschen Volkspartei und den Kommunisten.

Die Regierung der großen Koalition unter Otto Brauns Führung hatte in der Zeit der schwersten Krisen im Reich die Stabilität der politischen Verhältnisse in Preußen aufrecht erhalten. Ihrem Wirken und nicht zuletzt dem Wirken ihres Führers ist es zu verdanken, daß Preußen in der Zeit der Inflation und der politischen Krisen der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht war. Nach der Dezemberwahl verfügte diese Koalition über 267 Mandate gegenüber 183 Mandaten der Oppositionspartei. Die Deutsche Volkspartei aber schied aus der Koalition aus. Nachdem sie im Reich sich für den Kurs des Rechtsblocks entschieden und der Regierung des Rechtsblocks in den Sattel geholfen hatte, wollte sie Preußen an eine Bürgerblockregierung unter der Führung der Deutschnationalen ausliefern. Sie wollte einen völligen Systemwechsel nicht nur im Reich, sondern auch in Preußen herbeiführen. Sie sprengte die Regierungskoalition.

Am 23. Januar stimmte die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Landtag gemeinsam mit den Deutschnationalen, Kommunisten, Völkischen und Wirtschaftsparteilern gegen die Regierung Braun, aus der sie ihre Minister zurückgezogen hatte. Die Parteien der Weimarer Koalition verfügten gegenüber dieser neuen Koalition der Opposition nur über 222 Stimmen. Die Regierung Braun fiel am 23. Januar mit 221 gegen 218 Stimmen.

Das Streben der Deutschen Volkspartei war es, den Deutschnationalen zur Macht zu verhelfen. Hinter diesen Absichten stand keine Mehrheit der Wähler. Trotzdem konnten Deutschnationale und Deutsche Volkspartei einen gehässigen parlamentarischen Feldzug gegen Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten führen, die Herstellung stabiler Regierungsverhältnisse in Preußen verhindern und eine Dauerkrise heraufbeschworen. Diese Möglichkeit wurde ihnen gegeben durch die Bundesgenossenschaft der Kommunisten. Gemeinsam mit den reaktionären Parteien arbeiteten die Kommunisten im Preussischen Landtag am Sturz jeder Regierung, die sich auf die demokratisch-republikanischen Parteien stützte.

Aber diese Koalition der Opposition war einig nur in der destruktiven Arbeit. Eine regierungsbildende Kraft besaß sie nicht. Ihr Ziel war die Krise und nichts als die Krise. Von der Krise erwarteten sowohl die Rechtsparteien in der Opposition als auch die Kommunisten Förderung ihrer weiteren politischen Ziele. Gegenüber diesen destruktiven Tendenzen des Aufbaues vertraten die Parteien der Weimarer Koalition die Tendenzen des Aufbaues, der politischen Stabilität, des politischen Verantwortungsgefühls. Sie nahmen den Kampf auf.

Am 30. Januar wurde Otto Braun im ersten Wahlgang mit 221 Stimmen wiedergewählt. Auf den Deutschnationalen v. Kries entfielen 175 Stimmen, auf den Kommunisten Pled 39 Stimmen. Gegenüber dem Krisenwillen der Opposition hatten die Parteien der Weimarer Koalition ihren festen Willen deklariert, Preußen nicht den Bürgerblockpolitikern auszuliefern. Die Deutsche Volkspartei lehnte trotzdem ihre Krisenpolitik fort, unterstützte von den kommunistischen Bundesgenossen. Da sich herausstellte, daß eine neue Regierung Braun unter diesen Umständen nicht über eine Mehrheit verfügen würde, lehnte Otto Braun am 6. Februar die Wahl ab.

Am 10. Februar aber wurde bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten der Kandidat der Weimarer Koalition Marx im zweiten Wahlgang gewählt. Er bildete sein Kabinett, in dem die Sozialdemokratie durch den Genossen Severing vertreten war. Dies Kabinett versuchte, im parlamen-

tarischen Kampfe eine Mehrheit zu erlangen. Mit demselben Stimmenverhältnis jedoch, mit dem am 23. Januar das Kabinett Braun gestürzt worden war, mit 221 gegen 218 Stimmen, wurde auch dieses Kabinett von der destruktiven Opposition gestürzt.

Das Ergebnis der ersten Wahlkampfes der Präsidentenwahl zeigte mit aller Deutlichkeit, daß die Krisenmacher nicht die Mehrheit der Wähler hinter sich haben. Die Parteien des Rechtsblocks und die Kommunisten, die in der Zeit der Dauerkrise so laut aufgetreten waren und so laut im Namen der Demokratie nach Neuwahlen gerufen hatten, wurden kleinlaut. Nach dem kurzen Zwischenpiel der Wahl von Höpfer-Ashoff wurde am 3. April Otto Braun im ersten Wahlgang mit 220 Stimmen abermals zum Ministerpräsidenten gewählt. Regierungserklärung und entscheidende Abstimmung wurden bis nach dem zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl vertagt.

Rum ist der Tag der Entscheidung da.

Eine kurze Sitzung.

Um 1/2 nach 1 Uhr eröffnete Präsi. Bartsch die Sitzung mit der von den Kommunisten lärmend aufgenommenen Mitteilung, daß ein Antrag eingebracht sei, die

Abstimmung auf 5 Uhr zu vertagen.

Sofort meldete sich der Kommunistenhauptling Pled zum Wort und versuchte unter großem Stimmenaufwand eine Agitationsrede gegen den neuen „Kuhhandel“ vom Stapel zu lassen. Als er jedoch sagte, daß die Kommunisten den Kampf gegen das Hindenburg-Programm aufzunehmen gedächten, erschallte fürmische Heiterkeit, die sich immer mehr steigerte, als der Redner bei dieser Gelegenheit versuchte, die Haltung seiner Partei im Präsidentenwahlkampf zu begründen. Schließlich erklärte Pled, daß die Kommunisten gegen den Vertagungsantrag stimmen würden und die Auflösung des Landtages verlangten.

Auch der Abg. von der D.N. wandte sich im Namen der Deutschnationalen gegen die Vertagung.

Es wurde zur Abstimmung geschritten: Gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Völkischen und Kommunisten wurde die Vertagung auf 5 Uhr beschlossen. Die Sitzung, die etwa 10 Minuten gedauert hatte, wurde unter großer Unruhe daraufhin geschlossen.

Sitzung des Wahlprüfungsgerichts.

Verfäße bei der Präsidentenwahl festgestellt.

Das Wahlprüfungsgericht nahm heute unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Spahn (Z.) die Prüfung der Wahl zum Reichspräsidenten vor. Beisitzer sind: Reichsgerichtsrat Kapuhn, Berichterstatter, Reichstagsabg. Dittmann (Soz.), Dr. Kahl, M. d. R. (Sp.), Dr. Büff, Reichsgerichtsrat. Der Berichterstatter gibt zuerst einen Überblick über das vorliegende Aktenmaterial. Der Reichswahlprüfungsausschuss hat festgestellt, daß im ersten Wahlgang bei keiner der aufgestellten Bewerber die gesetzlichen Vorschriften über die Wahl erfüllt worden sind. Es gingen sieben Wahlprotokolle ein, die einzelne Verfäße gegen Wahlvorschriften betreffen.

Zu dem zweiten Wahlgang lagen drei Vorschläge vor. Hindenburg hat die größte Stimmenzahl erhalten. Die Annahmeerklärung liegt bereits vor. Der Reichswahlleiter hat, um Zeit zu sparen, nur eine Stichprobe vorgenommen und den Wahlausfall im Wahlkreis 29 (Leipzig) untersucht, der für das ganze Reich als typisch gelten könne. Im allgemeinen hätten die Wahlausschüsse ordnungsgemäß gearbeitet, nur unwesentliche Fehler seien gemacht worden. Es müßten jedoch noch einige Fragen geklärt werden, die allgemeineren Bedeutung haben. So die Frage, in welcher Weise die weißen Stimmzettel, die nur für den ersten Wahlgang gültig waren, anzurechnen seien, ferner wie auf dem Stimmzettel der von dem Wähler gewünschte Kandidat gekennzeichnet werden könne, und ob ein Stimmzettel gültig sei, auf dem ein Name freigelassen, die anderen durchgestrichen seien. Gegen die Wahl Hindenburgs sind sehr viele Proteste eingelaufen, ein Zeichen dafür, welche Erregung sie hervorgerufen hat.

Von besonderem Interesse sind folgende Fälle: Der „Vorwärts“ hatte aus Werber a. d. Weser berichtet, daß der Wahlvorsteher einige Tage vor der Wahl im Ort herumgegangen war und amtliche Stimmzettel für Hindenburg an die Einwohner ausgegeben habe. Die amtlichen Feststellungen haben die Richtigkeit dieser Mitteilungen ergeben, der Wahlvorsteher behauptet jedoch, daß diese Stimmzettel bei der Wahl nicht abgegeben worden seien; daß keine Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, hat er sich durch fünf Ortseinwohner, zwei Knechte, zwei Dienstmägde und einen Gostwert beheimigen lassen.

Am Schluß der Beschwerden verliest der Berichterstatter den umfangreichen Prozeß der Sozialdemokratischen Partei. Die Verhandlungen darüber dürften erst am Nachmittag zum Abschluß kommen.

Die ersten Gewinne der „Warenlotterie der Arbeiterwohlfahrt“ sind auf der 3. Seite dieses Blattes zu finden.

Von Stufe zu Stufe.

Der Weg der RPD.

Der Transportarbeiter Thälmann hat es geschafft. Auf seinem Rücken zieht die „alte Exzellenz“ in das Präsidentenpalais ein. Jeder Arbeiter weiß, daß allein der Verrat, der Eigensinn der Kommunisten diesen Sieg der Reaktion ermöglicht hat. Ja noch mehr: Jeder weiß, daß jahrelang kommunistische Taktik bewußt darauf hingearbeitet hat, die Reaktion in Europa zu stärken, weil davon allein Kladderadatsch und Zusammenbruch in Europa zu erwarten war. Wenn der Stern der Weltrevolution sich neigte, konnte nur der Kampf aller gegen alle, den der Sieg der Reaktion auslösen sollte, ihn wieder zum Zenith führen.

In Moskau waren Ende März und Anfang April die Delegierten der westeuropäischen kommunistischen Parteien zusammen. Ruth Fischer unter ihnen — wie immer — die eifrige Auserwählte zum Kampf gegen die Sozialdemokratie und im Kampf gegen jede Stimme der Vernunft in den eigenen kommunistischen Reihen. Da kommen die Nachrichten über die erste Präsidentenwahl in Deutschland. Die Reichslage der RPD vom Dezember hat sich in eine Katastrophe verwandelt. Auf die Hälfte ist das Heer der kommunistischen Kampfkämpfer in einem Jahre zusammengeschrumpft. Die Rückwirkung bleibt auch in Moskau nicht aus. Unter dem frischen Eindruck der deutschen Wahlergebnisse hält Sinowjew in der Exekutivsitung seine bekannte Rede, die bis heute die kommunistische Presse ihren Lesern noch nicht mitgeteilt hat.

Sinowjews Rede war bereits deutlich. Moskau sieht endlich die Gefahr. Nicht die Gefahr, die deutschen Arbeiter droht, sondern selbstverständlich die Gefahr, die ihm droht. Und Sinowjew geht infolgegedessen weiter. Telegramme zwischen Moskau und Berlin gehen hin und her. Der RPD-Zentrale wird nahegelegt, die aussichtslose Kandidatur Thälmann zurückzuziehen und mit der Sozialdemokratie in Verhandlungen einzutreten. Selbstverständlich lehnt das die deutsche Zentrale ab. Wie könnte sie auch mit der Sozialdemokratie verhandeln, die sie jahrelang mit Dreck beworfen und als schlimmer als die Reaktion hingestellt hat. Die kommunistische Presse denkt nicht daran, auch nur mit einer Zeile anzudeuten, daß solche Verhandlungen zwischen Moskau und Berlin stattfinden. Sie hält den alten Kurs und füllt ihre Spalten mit dem üblichen öden Geschimpfe auf die Sozialdemokratie. Eine Woche vor dem zweiten Wahlgang deckt der „Vorwärts“ die Differenzen unter den Kommunisten auf. Er veröffentlicht die Rede Sinowjews und teilt den Vorschlag der Exekutive mit, die Thälmann-Kandidatur zurückzuziehen. Die kommunistischen Führer unter schlagen die Rede und feigen den Vorschlag. Freilich das Absegnen war so schwach, daß jeder den Schwindel merkte.

Mit Entsetzen sahen die Kommunisten, daß dank ihrer Taktik Hindenburg doch gewählt wurde. Sie hatten sich schon darauf verlassen, daß der Sieg des Republikaners Marx sicher sein würde — dann konnte der alte stumpfsinnige Trotz fortgesetzt werden. Was aber tun angesichts des Sieges Hindenburgs? Gutler Rat war teuer. Waren sie nicht für den Sieg Hindenburgs jedem deutschen Arbeiter verantwortlich? Konnten sie ein Wort der Erwiderung finden, wenn ihre Schuld am Siege der Reaktion ihnen überall vorgehalten wurde? Zeigte das Wahlergebnis nicht, wie die RPD, in allen Industriezentren weiter abbröckelte? Mit Entsetzen mußten die glorreichen Strategen des kommunistischen Linkskurses sehen, wie sie die RPD und sich selber von Niederlage zu Niederlage geführt haben.

So rissen sie das Steuer herum. Und jetzt vergeht kein Tag, an dem nicht die ganze kommunistische Presse sich in Angeböten und Anbiederungsversuchen an die Adresse der Sozialdemokratie förmlich überschlägt. Sie haben Hindenburg zum Siege verholfen, jetzt wollen sie beim Kampf gegen Hindenburg behilflich sein.

Mit einem „Offenen Brief“ fing es an. Zwei Spalten der „Roten Fahne“ füllte er, und Ruth Fischer, die vor dem Wahlgang auf alle Anzuspargen so schweigsam gewesen war, lieferte den Kommentar. Hindenburg hat gesagt, lieber ADGB, liebe Brüder von der SPD, heißt uns Hindenburg schlagen, den wir soeben auf den Thron gesetzt! Am nächsten Tag geht es weiter. Es erscheint der fällige Aufruf der Moskauer Exekutive „An die Arbeiter aller Länder!“ Sie bestätigt offiziell ihren Aufruf an die deutsche RPD-Zentrale, mit der Sozialdemokratie zu verhandeln. In Preußen rückt der kommunistischen Landtagsfraktion das Herz in die Hosen. Sie weiß, daß die Auflösung ihrer Dezimierung bedeutet. Prompt wird der Versuch zur Sicherung der heiligsten Mandate gemacht und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ein „Angebot“ auf Unterstützung der Regierung Braun vorgelegt. Niemand kümmert sich um die kommunistischen Hartleins. Jetzt sehen sie sich genötigt, mit größerem Kaliber zu schießen. Feierlich mit Insigne und Unterschrift aller kommunistischen Parteinstanzen wird das „Angebot“ wiederholt und auf das ganze Reich ausgedehnt. Jetzt ist die RPD sogar bereit, eine Reichsregierung der Weimarer Koalition zu unterstützen. Das alles, um angeblich Hindenburg zu bekämpfen, den sie gewählt haben!

„Offene Briefe“ sind in der Geschichte der RPD nichts Neues. Wenn die Parolen, täglich wechselnd wie Wind und Wetter, nicht mehr zogen, erschienen die „Offenen Briefe“. Das erstemal unmittelbar nach der Spaltung der Unabhängigen Partei in Halle. Raam hatten die Kommunisten damals die Arbeiterbewegung damit empfindlich getroffen, als sie mit einem „Einigungsangebot“ herauskamen und ihren „Offenen Brief“ publizierten, der dann monatelang den gewünschten

Stoff für jede Gewerkschafts- und Betriebsversammlung ab. Ruth Fischer als Führerin der Linken, als Hüterin der reinen und unerschütterlichen Prinzipien, hat damals diesen „Offenen Brief“ fanatisch bekämpft und ihn lächerlich gemacht. Heute greift sie selber zu diesem letzten Mittel — weil kein anderes mehr der bankrotteten KPD. zur Verfügung steht.

Es scheint, daß die „Angebote“ vorerst kein Ende nehmen werden. Jeden Tag werden neue Formen der Anbiederungs- und Annäherungsversuche erfunden. Die Sozialdemokratie wird sogar gewissermaßen befördert. Sie ist jetzt eine „bürgerliche Arbeiterpartei“, und allen Ernstes setzt die Komintern auseinander, daß sie „sogar mit bürgerlichen Parteien, wie die Sozialdemokratie eine ist“, zusammengehen will, um die Reaktion zu bekämpfen.

Auf wen wollen eigentlich die kommunistischen Führer mit diesem Verzweiflungsbluff Eindruck machen? Etwas auf die sozialdemokratischen Arbeiter? Glauben sie wirklich, daß ein einziger Arbeiter nach dem, was er von den Kommunisten in den letzten Jahren in Deutschland erfahren hat, an die Ehrlichkeit irgendwelcher „Angebote“ glauben wird? Glauben die kommunistischen Führer wirklich, daß ihre phrasenreichen Auforderungen zum „Kampfe gegen die Reaktion“ einen einzigen Arbeiter veranlassen werden, den Puschpuffen von neuem ins Garn zu laufen? Die Angebote der KPD. sind nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind. Die KPD.-Zentrale sollte sich den Druck der Manuskriptenwürfe für die kommunistischen Walzenredner sparen. Auch die neue Walze wird nicht zischen.

Sehr richtig schreibt die Komintern in ihrem Aufruf, daß nur der „gemeinsame Kampf der Arbeiter“ die reaktionären Gefahren abwenden kann. Diese gemeinsame Front ist auf dem Marke. Sie wird geschlossen sein an dem Tage, an dem der letzte deutsche Arbeiter den berufsmäßigen Spoltern der Arbeiterbewegung sein Mitgliedsbuch vor die Füße wirft. Die Einheitsfront kommt mit und ohne Angebote der KPD., aber sie kommt ohne Ruth Fischer und die anderen Moskauer!

Ostelbische Justiz.

Neues vom Amtsgericht Deutsch-Krone.

Wir mühten uns an dieser Stelle des öfteren mit den Justizbehörden von Deutsch-Krone beschäftigt, die durchaus nicht dazu zu bewegen waren, die Republik und den Reichspräsidenten gegen die Beleidigungen und Verächtlichmachungen des Briefträgers Jant in Schutz zu nehmen. Wenn ein Beamter den Tod des Reichspräsidenten öffentlich mit den Worten kundgibt: „Gott sei Dank, daß der Hund freier ist!“, wenn dieser Beamte sein Amt dazu mißbraucht, die bestehende Staatsform zu untergraben, so sind das Dinge, die von den Justizbehörden in und um Deutsch-Krone mit einer wegwerfenden Handbewegung abgetan werden. Daß das hohe Gericht aber auch anders kann, zeigt ein anderer Fall aus Deutsch-Krone, der uns mitgeteilt wird. Hier handelt es sich allerdings nicht um den Reichspräsidenten, sondern um ostelbische Großagrarien.

Genosse Studt in Deutsch-Krone hatte im Wahlkampf des vorigen Frühjahrs in Abwehr gegnerischer Angriffe und der triegebietlichen Propaganda der Rechtsparteien auf die große Anzahl reklamierter Großagrarien während des Krieges hingewiesen und zum Beweis die Namen von 15 Großagrarien des Kreises Deutsch-Krone genannt. Auf Veranlassung des Landbundesleiters, des königlich-preussischen Landrates a. D. v. Meyer, erhob ein Teil der Herren Klage beim Amtsgericht, indem sie sich durch den angeblich von Studt gebrauchten Ausdruck „Drückeberger“ beleidigt fühlten. Trotzdem nun in der Gerichtsverhandlung erwiesen wurde, daß Genosse Studt nicht von Drückebergern gesprochen hatte und im übrigen von den Klägern die von Studt behaupteten Tatsachen zugegeben wurden, verurteilte der Amtsrichter dennoch den Angeklagten unter Anwendung des berücksichtigten Dolus eventualis zu 50 Mark Geldstrafe, indem es ihm unterstellte, er habe die Kläger als Drückeberger bezeichnen wollen.

Opernsorgen im Mai.

In der früheren Volksoper bringen es ein paar Sänger zuwege, Kammermusik mit Bühnenblut zu erregen, ein Drama gefällig zu ausspielen, daß eine große oratorische Arie in Bewegung umgewandelt wird, lyrische Gebilde mit Hingabe von Geist und Körper zugleich theaterfest zu machen. Diese Aufführung von „Julius Caesar“ (Händel) ist musterhaft im Stil der alten italienischen Oper gehalten, und es bedarf höchst der künstlerischen Hände glänzender Leiter (Zweig, Strelinger, Wolff), um solch Ebenmaß der Leistung zu erreichen. Aber man erzielt es nur mit Sängern, deren Rhythmus und Gefühl groß und unendifferenziert sein kann, deren Stimme Ausdruck aller Schattierungen hergibt. Diese Rezitative wollen gelungen und agieren, diese Darsteller wollen getrieben, auf dem Atem getragen sein. Ein Meisterwerk, das 200 Jahre alt ist, müdet uns an wie die Offenbarung eines Genies, das unser aller Sehnsucht ähnt oder kennt: Müßt statt Drama, Gesang statt Handlung zu geben. Unter weißer Fackel spielt sich ein verwohntes, intrigantes Stück ab; kaum werden Chöre bemüht. Ein kleines Orchester der Streicher. Tiefstes Geheimnis: zwei Takte geben uns eine Welt des Leidens, des Angriffs, der Trauer, des Danfs. Wer die Arie des Cäsar oder der Cornelia an der Urne des Pompejus hört, weiß: Händel ist das Musik- und Theatergenie unserer von der Bühne fortdrängenden Zeit.

Man sollte versuchen, diese Cäsar-Aufführung so, wie sie da steht, über die Zeit der Volksoper hinaus zu reiten. Gutmann, die Schloßhauer, Reynolds und Malkin sind die illustren Vertreter der Hauptpartien (Williams, Josef und Sauer treten hinzu). Wenn es sich bewahrheitet, daß Heinz Tietjen Intendant des Charlottenburger Stadt-Opernhouses wird, so möge er auf diese Aufführung (wie an den „Boris Godunow“) denken. Er war im Haus nicht zu sehen. Wahrscheinlich hängt sein Ohr tagtäglich am Telefon, in das ihm die Antworten der künftigen Kapellmeister in Charlottenburg entgegenhallen. Wer ist der kommende Mann? In ein schwebendes Verfahren von so eminenter Tragweite soll öffentlich nicht eingegriffen werden. Zum Intendanten muß der Musikdirektor in innerer Beziehung stehen, die beiden müssen sich in Absichten treffen, müssen sich abstimmen, ergänzen. Deshalb werden zwei Genialische nie zusammenkommen. Von Tietjen muß man nicht viel in Berlin; auch nichts Schlechtes also. Wie aber auch die Bedenken gegen ihn lauten — er kapellmeister selber, er ist das Kunstleben nur in kleinen deutschen Städten gewohnt u. ä. — wird sein Vertrag perfekt, so wird man ihm vorurteilsvoll Zeit lassen, sich zu bewähren. Nicht Namen entscheiden, sondern Taten. Und diese Tat (die wir selber einem Intendanten höchst zugestanden hätten) heißt: Absolutheit, Kontinuität, Entschlossenheit höchsten Ranges, Wohl also der rechten Musiker, Solisten, Gesungen. Aufbau heißt Neubau. Wo ein stolzer Bau ragen soll, muß Schutz abgedämmt werden. Ob zu diesem musikalischen Werk, das die Stadt hierin soll, besser eine fleckpangente Faust gehört, ob besser ein behutsamer Schwelger, das soll die Initiative, der glückliche Instinkt des Intendanten entscheiden. Wir werden, einerlei, ob die Wahlen unseren eigenen Wünschen entsprechen oder nicht,

Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt, der der Erfolg nicht versagt blieb. Allerdings wollte der Berufungsrichter den Vorder Richter nicht desanoutieren und erklärte, es liege allerdings eine Beleidigung vor, doch sei zur Beurteilung notwendig, daß der Angeklagte das Bewußtsein der Beleidigung gehabt haben müsse, eine Feststellung, die in dem vorliegenden Fall nicht gemacht worden sei. Die Sache wurde deshalb an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Damit war dem Vorder Richter die Gelegenheit gegeben, seinen offensibaren Fehlspruch zu korrigieren. Wenn man nun aber meint, der Herr Amtsrichter habe den sich bietenden Ausweg benutzt und das Urteil aufgehoben, der irrt sich. Der Amtsrichter erklärte, er habe schon in der Vorberhandlung das Bewußtsein der Beleidigung bei dem Angeklagten festgestellt, es sei nur vergessen worden, es in der Urteilsbegründung zum Ausdruck zu bringen (!!). Auf den Einwand des Genossen Studt, daß ihm doch die Absicht der Beleidigung gefehlt habe, die Absicht doch auch nicht erwiesen sei, erklärte der gelehrte Herr, das sei auch nicht notwendig, das Bewußtsein einer Beleidigung könne man auch ohne die Absicht haben.

Der Vergleich dieses Falles mit dem Fall des Briefträgers Jant erübrigt einen Kommentar. Es mag genügen, den Namen des Richters festzustellen. Es ist der Amtsgerichtsrat Dr. Dornblüth, Deutsch-Krone.

Gegen das Urteil ist selbstverständlich nochmals Berufung eingelegt worden.

„Irrelehren“.

Geschraubte Entrüstung rechts.

In der Debatte über die preussische Regierungserklärung bemühten sich die Vertreter des Hindenburg-Blocks im Schweiße ihres Angesichts, das Zentrum davon zu überzeugen, daß es gegen den Willen des Papstes handle, wenn es mit der Sozialdemokratie politische Koalitionen eingehen. Denn der Papst habe den Sozialismus als „Irrelehre“ bezeichnet und seine Bekämpfung gefordert.

Ganz objektiv hat darauf der Zentrumsabgeordnete Wildermann, Domkapitular, erklärt, daß es sich bei den Vorschriften des Vatikan um eine kirchlich-dogmatische Äußerung handle, und daß der Papst ebenso den Protestantismus als Irrelehre bezeichnet habe.

Darüber ist man nun im Lager der patentierten Religionshüter vom Ur. Palm und Schlot außerordentlich entrüstet, und diese Entrüstung wird in tausend Blätterpalten täglich weiter gespannt, in unendlichen Neben immer wieder „neu renoviert“. Protestantismus — eine Irrelehre? Ist das nicht eine furchtbare Beleidigung?

Wir stehen dem dogmatischen Streit der Religionshüter beiläufig sehr gelassen gegenüber. Aber es drängen sich doch einige Fragen auf, um deren Beantwortung wir die protestantischen Grosshüter bitten: Haben Luther und Calvin die katholische Lehre als eine richtige anerkannt? Und halten die heutigen Protestanten solcher Schattierungen den katholischen Glauben als die richtige Lehre? Wenn nicht: Wie nennt man das Gegenteil einer richtigen Lehre im kirchlich-protestantischen Sprachgebrauch? Doch wohl auch nicht anders als „Irrelehre“?!

Wozu denn also die heuchlerische Entrüstung von Volkspartei bis Bestarp?

Deutscher Geist, Marke „Wiking-Bund“.

Völkischer Raubüberfall in Chemnitz.

Zum Reichsbanner Bau Chemnitz wird uns geschrieben:

In einer der letzten Nächte wurden in Chemnitz etwa 15 Angehörige des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ von 200 Völkischen zu gleicher Zeit an verschiedenen Stellen der Stadt überfallen.

Die Reichsbannerleute gingen in kleinen Trupps, zum Teil mit ihren Frauen, Stadtwärts. Sie wurden von den Völkischen, die von einer Versammlung, in welcher der bekannte Pfarrer Traub sprach, ohne jeden Grund und ohne daß auch nur die geringsten Auseinandersetzungen vorausgegangen waren, mit Knütteln und anderen gefährlichen Waffen angegriffen und zu

den Taschen mit Karsten und reinsten Objektivität gegenübertraten. Kritisches Urteil gilt der Sache und ihrem guten Stand, nicht den Einzelpersonen; auch dann, wenn sachverständiger Rat eines Kritikers vor Vollendung aller Tatsachen eingeholt wird.

Ruri Singer.

Die russische Weltanschauung.

Die Veranstaltung der „Kant-Gesellschaft“ im neuen Kulgebäude der Universität war bezeichnend und genuehreich zugleich; Prof. Dr. Simon Frank vom Berliner russischen wissenschaftlichen Institut sprach in präzisierenden Ausführungen über philosophische und geistige Strömungen Rußlands im neunzehnten Jahrhundert, behandelte aber dann die russische Weltanschauung ganz allgemein. Man mag zu dem positiven Ruhmstand stehen wie man will, man wird ohne weiteres zugeben, daß dort die Entwicklung der Ereignisse weltanschaulich stärker beeinflusst ist als im Westen Europas. Dort ist von jeher die Kirche weniger äußere Organisation als bei uns, sie stellt eine innere ursprüngliche Einheit der Gläubigen dar. Zum sozialpolitischen Kommunismus befindet sich aber — nach Ansicht des Referenten — die russische Weltanschauung im diametralen Gegensatz. Der Gemeinschaftsgedanke steht oben, und deshalb werden absolute Fragen der Weltanschauung ohne weiteres auch zu tagespolitischen Fragen. Der wilden Leidenschaft erscheint das Extremste sofort als das Richtige, und das erklärt jeden anarchischen und jeden nihilistischen Gedanken. Kaum ein religiös-politischer Führer, der nicht ein zweiter Razworen war, kaum einer, der nicht mit erkennen, sondern auch helfen, reiten will. Und kein Mittelweg gibt es, wofür Dostojewski herrliche Beispiele liefert, bei tiefem „gotttragendem Volk“ in seinem Streben nach Totalität von Wahrheit und Gerechtigkeit, von Theorie und Praxis zwischen höchster Glaubenstiefe und größtem Nihilismus. — In der Diskussion sprachen Dr. Solzhausen über die Beziehungen des russischen Geistes zu Nietzsche, Dr. Michels über das antioxydentale Wesen der russischen Weltanschauung, die direkt zur ethisch indifferenten Rüst führt, Prof. Dr. Arthur Sieber, der Vorsitzende der Kant-Gesellschaft, wies unter Bezugnahme auf Kant darauf hin, daß uns, wenn nicht die Kultur, die auch der verketenete Rationalist im Leben nicht ausschaltet, so doch die Methodensicht reichlich Möglichkeiten liefert, uns in die russische Weltanschauung einzulassen. Der zahlreichen Zuhörer Dank war groß und nicht nur äußertlich, ergo.

Claira Baroff, die in Bedekinds „Frangista“ die kleine Tänzerin Karantina mimt, gab — unter der Protektion von Lilla Durieux — einen Tanzabend vor geladenem Publikum im Kasinon Cassier. Sie ist eine Hochadlerin mit auffallend herber Note. Nichts Weiches, nichts Nüchternes. Scharfe, edle, rufweise Schwünge. Manches mehr rhythmische Gymnastik als Tanz. Auch in der Ekstase („Pas guerrier“) und im wichtig ausladenden Pathos („Consolation“) weniger seelisch ergreifend als akrobatisch wirkend. Starke schauvielerische Phantasie in effektvollen mimischen Studien. („Entfaltung“, „Glend“, „Lige“). Im leidenschaftlichen „Scherzo“ zu groß, in prägnanter Kokofografie („Matruille“) parodistisch. Naturell und Ausdruckformen — nach diesem Abend zu schließen — vorzüglich auf pantomimische Groteske eingestellt. Keine Ueberragende, aber jedenfalls eine Eigene mit Entwicklungsmöglichkeiten. J. S.

Baden geschlagen. Verwundet wurden dann mehrere in das im „Deutschen Haus“, Annaberger Straße 36, befindliche Bezirkszimmer des „Wiking-Bundes“ geschleppt, wo man sie mit dem Kommando: „Hände hoch!“ an die Wand fleckte und beraubte.

Das Ueberfallkommando der Polizei griff ein und nahm Namensfeststellungen vor. Die strafrechtliche Verfolgung ist eingeleitet worden.

Zuchthaus für einen Stahlhelmführer.

Das Urteil im Spionageprozess Gerneth.

Leipzig, 8. Mal. (Eigener Drohtbericht.) Am Freitag vormittag wurde der Spionageprozess gegen den Bamberger Stahlhelmführer Gerneth vor dem Reichsgericht zu Ende geführt. Der Hauptbelastungszeuge war wieder nicht erschienen, da er sich im Auslande befindet. Der Angeklagte hatte an den Vorherrnden einen Brief gerichtet, in dem er den Zeugen Wiegand, der ebenfalls Führer des Stahlhelms in Bamberg war, des Meineids bezichtigte. Ein Antrag der Verteidigung, einen Major des Bamberger Reichswehrregiments als Zeugen zu laden, wurde abgelehnt. Der Angeklagte bestritt nämlich die Behauptung des Zeugen Wiegand, daß Gerneth beim Reichswehrregiment Altken einsehen konnte und einen Dauerausweis für das Regiment besaß. In seiner Anklagerede bezeichnete der Reichsanwalt Gerneth als den größten Spion der letzten Zeit. Er habe zuerst Spionendienste bei der Polizei getan und sei dann in den Stahlhelm eingetreten, alles nur, um den Franzosen die wichtigsten Nachrichten zu verraten. Selbst einen französischen Namen hatte er sich beigelegt. Da er Mitglied des Stahlhelms war, sei es ihm sehr leicht gewesen, Altken des Bamberger Reiterregiments einzusehen. Bei solch einem Menschen dürfte keine Wunde wunden, zumal er selbst seine eigenen Vorgesetzten an die Franzosen ausliefern wollte, das schlimmste, was sich bis jetzt ein Landesverräter geleistet hätte. Der Reichsanwalt beantragte daher 10 Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrenrechtsverlust und dauernde Stellung unter Polizeiaufsicht. Das Gericht verurteilte Gerneth zu sechs Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrenverlust und dauernde Stellung unter Polizeiaufsicht.

Zum Fall Höfle.

Strafrechtliche Vereinigung gegen den Erlaß des Wohlfahrtsministeriums.

Der Arzt als Gutachter im Strafoverfahren war der einzige Punkt in der gestrigen Abendssitzung der neugegründeten Strafrechtlichen Vereinigung der Berliner Rechtsanwaltschaft, die unter großer Beteiligung von Medizinern, Gerichts- und Geklungsärzten im früheren Herrenhaus stattfand. Zunächst leitete der Vorsitzende, Justizrat Dr. Löwenstein, mit, daß die Vereinigung in einer Eingabe an das Wohlfahrtsministerium energisch darauf hingewiesen habe, daß die Durchführung eines Geheimvertrages, der den Amts- und Gerichtsärzten private Tätigkeiten verbiete, zu einer Schädigung der Rechtsprechung führen müsse. Es seien entsprechende Entwürfe wegen Aushebung des Erlasses gestellt worden. Der Fall Höfle bilde eine charakteristische Illustration zu den Konsequenzen dieses Geheimvertrages, der geradezu zu Justizmorden führen müsse, wenn die Verteidigung und die Angeklagten behindert würden, ihnen geeignet erscheinende Ärzte in Anspruch zu nehmen.

Sodann sprach zum Hauptpunkt der Tagesordnung Dr. Jacques Abraham, der die Bestimmungen über die Stellung des Arztes im Untersuchungsverfahren einer eingehenden Prüfung unterzöge und die vorhandenen Mängel des Gesetzes hervorhob. Rirgendes schreibe das Gesetz zwingend die Zugehörigkeit des Arztes vor. Der jetzige Standpunkt der Behörden, wie er auch im Geheimverlaß über die Frage der Hastfähigkeit zum Ausdruck komme, sei direkt gesetzwidrig. Erste ärztliche Autoritäten würden vielfach vom Gericht abgelehnt, weil sie keine amtliche Funktion haben. Den Angeklagten müsse die Möglichkeit gegeben werden, den Arzt ihres Vertrauens hinzuzuziehen. In der Behandlung der Untersuchungsgefangenen müsse mehr menschliches Fühlen und eine modernere Auffassung Platz greifen. Es sei ein ungeheuerlicher Zustand, daß die Bestimmungen, die für Verurteilte und überführte Verbrecher gelten, für den Untersuchungsgefangenen nicht gelten sollen.

Verkauf des Berliner Raffael-Bildnisses. Der seit Jahren berühmteste Verkauf des berühmten Raffael-Bildnisses aus Berliner Privatbesitz scheint jetzt zur Tatsache zu werden. Ein amerikanischer Kunsthändler hat, wie es heißt, Raffaels Portrat des Giuliano de' Medici aus der Sammlung Doktor Hufschinsky erworben. Eine Bestätigung des Verkaufs war bisher nicht zu erhalten. Das Bild steht auf der Liste der national wertvollen Kunstwerke, deren Ausfuhr nur mit Bewilligung des Reichsministeriums des Innern stattfinden darf.

Künstlerkammer. Die Errichtung von Künstlerkammern nach dem Vorbilde der Anwalts- und Ärztekammern ist auf dem letzten Jahrestage des Reichswirtschaftsverbandes wieder einmal gefordert worden. Nun hat auch die Berliner Akademie der Künste sich der Frage eines organisatorischen Zusammenflusses der ganzen Künstlerchaft angenommen. Eine Aussprache, zu der die Akademie kürzlich die Vertreter der hauptsächlichsten Vereinigungen der bildenden Künstler und der Tonkünstler eingeladen ergaben ließ, hat ein positives Ergebnis noch nicht gehabt. Wohl zeigte sich, daß der Wunsch nach einem solchen Zusammenfluß in der Künstlerchaft allgemein ist. Aber über die geeignete Form herrscht weder Klarheit noch Uebereinstimmung. Von verschiedenen Seiten wurde die Einbeziehung des künstlerischen Schrifttums in eine solche allgemeine Künstlervertretung gewünscht. Dazu aber wäre nun einmal eine Scheidung zwischen fachwissenschaftlichem und „schönwissenschaftlichem“ Schrifttum erforderlich. Und wie soll es bei der Wüst mit der Einbeziehung der reproduzierenden Künstler gehalten werden? Man sieht, da sind noch viele offene Fragen. Traglos aber hat der Generalsekretär des Reichswirtschaftsverbandes bildender Künstler, der Berliner Maler Otto Marcus recht, wenn er erklärte, eine umfassende starke Künstlervertretung wäre für das Volksganze heftig als Gegengewicht gegen ein allzu einseitiges Ueberviegen des Wissenschaftlichen; auch die Dichtkunst, die „schöne Literatur“ mit ihren Vertretern ist dabei wesentlich. Für die bildende Kunst wäre ein Aufbau auf den bestehenden Vereinen sachlich nicht förderlich. Die bisherigen Künstlerverbände haben sich überlebt. Eine maßgebliche Vertretung der Künstlerchaft aber ist erforderlich. Die Tonkünstler, die als Vertragsgegner mit Reichsverbänden zu rechnen haben, scheinen eine Reichskammer zu bevorzugen. Bei den bildenden Künstlern ist es nicht sicher, ob eine einheitliche Reichskammer oder verschiedene Vorkammern geschaffen werden sollen. Jedenfalls aber denkt man bei der Künstlerchaft jetzt einen entscheidenden Schritt zur Bildung solcher Kammern zu tun. Eben jetzt ist, nachdem bisher nur ein Gauerband München innerhalb Bayerns bestand, ein neuer Gauerband Nordbayern mit dem Sitz in Nürnberg geschaffen worden.

Ulma Münchberg gibt auf Einladung der Volkstheater C. B. am Freitag, den 15., abends 8 Uhr, im Ritteraal der Oper am Königsplatz einen Höhepunkt. Abend. Einlaskarten zum Preise von 50 Pf. in den Verkaufsstellen der Volkstheater.

Die Einheitsjurisprudenz in der Marineverwaltung. Wie das Reichsrechtsministerium amtlich mitteilt, ist in der Marineverwaltung die Einheitsjurisprudenz und die Einheit der Amtspraxis auf die deutsche Einheitsjurisprudenz ummehrer durchgeföhrt und damit abgeschlossen, daß die von jetzt ab abgeschickten, in der Kurzeit anzubereitenden Unteroffiziere und Mannschaften sämtlich die Einheitsjurisprudenz beherzigen.

Dr. Ksberg, der Verteidiger Höfle, ergänzte diese Ausführungen. Der Fall Höfle hätte sein tragisches Ende genommen, wenn eine Auswahl der Ärzte, wie früher, möglich gewesen wäre. Die Gutachten der behandelnden Ärzte zeigten, daß ihnen durch die Verwaltungsbehörde die Hände gebunden seien. Der heutige Begriff der Haftfähigkeit verstoße gegen das Gesetz und es sei bedauerlich, daß die Ärzte gewissenhafterweise nicht den Rat haben, unter diesen Einschränkungen eine Entscheidung abzusehen. Wie könne ein Gerichtsarzt die Haftfähigkeit noch behaupten, wenn die Verhandlungsfähigkeit bei der Fortdauer der Haft vernichtet werden müsse. Damit werde der Wahrheitsbegriff nicht gebildet, wenn man einen Angeklagten in den Gerichtsraum schleppet. Für das Sozialmal des Angeklagten sei es viel wichtiger, was er selbst zu Beginn der Verhandlung sage, als was der Verteidiger zum Schluß sage. Es sei entweder eine herrende Geistesunterdrückung oder eine Verhöhnung des Gesetzes, wenn man sich bei Begründung des Geheimnisses auf § 116 Abs. 2 der Strafprozessordnung berufe. Die medizinischen Sachverständigen müßten mit der Verteidigung gegen derartige unheimliche und geschwundene Verlangen hand in hand gehen und sich künftig weigern, innerhalb des Rahmens der Verhandlung überhaupt Gutachten abzugeben.

Großes Aufsehen erregte die Mitteilung von Dr. Arthur Brand, daß bei der Staatsanwaltschaft „schwarze Listen“ für Gerichtsärzte geführt werden, die nicht den Erwartungen der Behörde entsprechen.

Dr. Halpern erklärte in der Berichtigung Beamtenhochmut und hinteren Polizeigeist, der das ganze Strafverfahren gegenwärtig beherrsche.

Die Sanitätärzte Dr. Leppmann und Dr. Lehnen stimmten nicht in allen Punkten mit den Verteidigern überein, jedoch betonte Dr. Leppmann, daß der neue Erlaß besonders ungünstig ausgefallen sei und unbedingt revidiert werden müsse.

Nach längerer Aussprache wurde eine Entschlieung angenommen, in der in Übereinstimmung mit den zahlreichen anwesenden Gerichtsärzten einstimmig erklärt wird, daß der Erlaß mit dem Interesse der objektiven Rechtspflege nicht als im Einklang stehend betrachtet werden könne, daß die Haftfähigkeit eines Untersuchungsgefangenen nicht zu bejahen sei, weil der Gefangene noch als schuldlos erachtet werde.

Genosse David Ehrendoktor.

Anlaß der Eröffnung des Deutschen Museums.
München, 8. Mai 1925. (Eigener Drahtbericht.) Die staatswissenschaftliche Fakultät der Münchner Universität hat aus Anlaß der Eröffnung des Deutschen Museums drei Ernennungen von Ehrendoktoren einstimmig beschlossen. Die Promotion Doktor v. Millers ist bereits bekannt und erfolgte für Verdienste, die er sich um die wissenschaftliche Erforschung und Darstellung der Entwicklung der Technik erworben hat. Der zweite Ehrendoktor ist unser Genosse und ehemalige Reichsminister Dr. Eduard David wegen seiner Verdienste um die wissenschaftliche Förderung wichtiger Probleme der Agrarpolitik, und der dritte ist Geheimrat Dr. Bühner in Berlin wegen seiner Verdienste um die Deutsche Wirtschaft in Zeiten ihrer größten Bedrängnis.

Die Räumungsfrage vor der Entscheidung.

Eine englische Verbalsnote.
Paris, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Botschafter Lord Cromer hat am Donnerstag die französische Regierung von den Instruktionen in Kenntnis gesetzt, die er von seiner Regierung für die nächste Sitzung der Botschafterkonferenz in der Frage der deutschen Entwaffnung und der Räumung von Köln erhalten hat. Die von ihm überreichte Verbalsnote ist noch am Donnerstagabend von den zuständigen Stellen des französischen Ministeriums des Reichern geprüft worden. Nach den Mitteilungen der Blätter hat Briand den Antrag zur Ausarbeitung französischer Gegenvorschläge bereits gegeben. Die Botschafterkonferenz wird also demnach in ihrer nächsten Sitzung am Dienstag oder Mittwoch zwischen der englischen und französischen Auffassung zu entscheiden haben.

Der marokkanische Krieg.

Paris, 8. Mai. (III.) Sämtliche Blätter bringen spaltenlange Berichte vom marokkanischen Kriegsschauplatz. Die Urteile über den Kampfeswert der Truppen Abd el Kerims lauten immer achtungsvoller. Nach dem „Matin“ verfügen die Hartas, mit denen die französischen Kolonnen seit einiger Zeit im Kampfe stehen, über moderne Schnellfeuerwaffen, 50 Kanonen, Tanks und eine Anzahl Flugzeuge. Das letzte Ziel Abd el Kerims habe die Eisenbahnlinie Fez-Taza gebildet, die er durch einen plötzlichen Ueberfall zu besetzen hoffte. Der französische Gegenstoß sei noch nicht beendet, weil südlich und nördlich der Uerga noch zahlreiche französische Posten von den Rifitzen eingeschlossen seien. Die Lage gebe aber zu unmittelbarer Besorgnis keinen Anlaß. Marschall Lyautey verfüge jetzt über 45 000 Mann. Allgemein herrscht der Eindruck vor, daß der französische Gegenstoß von einem numerisch überlegenen Feind aufgefangen wurde. Von englischer Seite wird gemeldet, daß Abd el Kerim sämtliche Stämme innerhalb der spanischen Zone aufforderte, ihm Rekruten zur Verfügung zu stellen.

Ein amerikanischer Friedensschritt.

Vorschlag des Verbots des Giftgases.
Washington, 8. April. (W.B. — Durch Funkpruch) „Herald and Tribune“ jagt der von dem amerikanischen Delegierten Burton auf der Genfer Waffenhandelskonferenz gemachte Vorschlag eines strengen Verbots des Giftgases stelle einen ehrenvollen Schritt im Interesse des Weltfriedens dar und sei von Coolidge, Kellogg und den amerikanischen Delegierten vor Burtons Abreise sorgfältig erwogen worden. Die mit erheblicher Beweiskraft von Houghton für die Völker Europas vorgebrachten Ansichten bedeuten eine aufrichtige Bemühung, den Frieden zu fördern. Der Vorschlag, daß die Völker die Ausfuhr von Giftgasen untersagen sollten, werde als deutlicher Beweis für die Aufrichtigkeit Amerikas in der Förderung des Friedens angesehen. Man hoffe, daß die Haltung der Vereinigten Staaten Frankreich zur Ratifikation des Jän-Mächte-Vertrages über die Behandlung der Gase und Unterseeboote veranlassen könnte.

Nervosität der Börse.

Der Börse hat sich nachgerade eine starke Nervosität bemächtigt, deren Folge ist, daß ungünstige Nachrichten sich häufen und Gerüchte kopiert werden, deren Nachprüfung schwer ist. Man spricht von Zahlungsschwierigkeiten auch am Effektenmarkt. Die Lage am Getreidemarkt bleibt undurchsichtig und von dieser Seite aus kommt immer noch recht viel Material an die Börse. Die schwache Haltung rückt nächst in den Anfangskursen noch nicht überall zum Ausdruck. So waren am Montanaktienmarkt vereinzelte Notierungen höher als die gestrigen Schluskurse. Jedoch sehr bald nahm das Verkaufangebot zu und die Kurse kamen weiter ins Weichen.

Allgemeines Wahlrecht in Japan. Das Gesetz, das das allgemeine Wahlrecht in Japan einführt, ist im Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Die ersten Wahlen nach dem neuen Gesetz werden 1928 stattfinden.

Die Ziehung der Arbeiter-Wohlfahrtslotterie.

Die Ziehung für die Warenlotterie des Bezirksausschusses Berlin der Arbeiterwohlfahrt nahm heute vormittag im Lehrerereinshaus ihren Fortgang. Als juristische Aufsichtsperson fungierte Notar Genosse Laewig; die staatliche Polizei war durch Polizeiaffistenten Wählmann vertreten. Die Oberaufsicht über den ganzen Ziehungsakt hatte der Lotteriegeschäftsführer Genosse Leinenberger. Um unter allen Umständen eine Unparteilichkeit bei der Ziehung Beteiligten zu erreichen, wurden die benötigten Hilfskräfte aus dem Publikum genommen, das sich auch bereitwillig zur Verfügung stellte. Die Lotterie hatte in der Berliner Bevölkerung eine Beachtung gefunden, die weit über das erwartete Maß hinausging. Schon lange vor dem Ziehungstermin waren die Lose, eine Million an der Zahl, restlos ausverkauft und immer noch herrschte rege Nachfrage. Der Bezirksausschuß der Arbeiterwohlfahrt hat deshalb an die Aufsichtsbehörden den Antrag gestellt, eine zweite Warenlotterie, wiederum mit einer Million Lose, zu genehmigen. Sicherem Vernehmen nach wird diesem Antrag stattgegeben werden.

Wie wir bereits im heutigen Morgenblatt mitteilen konnten, ist sogleich nach Eröffnung der Ziehung

der Hauptgewinn, ein Landhaus mit fünf eingerichteten Zimmern,

gezogen worden. Er fiel, wie wir noch einmal unverbindlich wiederholen wollen, auf die Nummer 180 924. Der glückliche Gewinner, dessen Name und Adresse zurzeit noch unbekannt ist, wird auch auf diesem Wege von der Lotterieleitung gebeten, sich bei der Geschäfts-

stelle der Arbeiterwohlfahrt, Lindenstraße 3, bei der Genossin Todehagen, zu melden. Er wird dort zwar nicht das eingerichtete Landhaus in Empfang nehmen können, jedoch sind mit ihm Besprechungen mannigfaltiger Art notwendig. Die Ziehung war bis zum Redaktionsluß der Abendausgabe noch nicht beendet. Wir sind deshalb nur in der Lage, die

Losnummern der ersten zwanzig Hauptgewinne zu veröffentlichen. Die weiteren glücklichen Gewinner werden, soweit die Möglichkeit dafür gegeben ist, in der nächsten Ausgabe des „Vorwärts“ bekannt gegeben werden.

Losnummer	Gewinn	Losnummer	Gewinn
180 924	1	486 945	11
395 493	2	787 959	12
994 843	3	340 568	13
433 614	4	537 285	14
106 991	5	511 263	15
003 102	6	113 601	16
201 776	7	633 210	17
327 048	8	703 113	18
270 102	9	374 666	19
985 637	10	001 753	20

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Veröffentlichung obenstehender Gewinnnummern unverbindlich ist. Die amtliche Gewinnliste, die in kürzester Zeit erscheinen wird, bringt die genauen Ergebnisse der Lotterie.

Blumen über Berlin.

Wann wird eigentlich das schöne alte Pfänderspiel „Was bringt die Zeitung?“ abgelöst oder mindestens ergänzt sein durch ein lustiges „Was bringt das Flugzeug?“ Die Reichsregierung slog zur Einweihung des Deutschen Museums nach München, und es erhob sich, außer den Flugzeugen, die sie trug, ob dieser Lastfrage große Freude im Land. Briefe und Patete wählen oftmals den Luftweg, Zeitungen, auch nichtregierende Mitglieder der menschlichen Gesellschaft, so sie über einen dicken und vor hohen Preisen schmiedessicheren Geldbeutel verfügen — kurz und gut, man kann wirklich nicht mehr sagen, nur „alles, was Federn hat, fliegt“. Wissen es viele, daß selbst Blumen durch die Lüfte ihren Weg zu uns finden? Nichts, wenn die Beststadt Berlin in ihrem allerdings nur kurzen und unruhigen Schloß liegt, wenn arbeitsame Männer sich in gesunder Müdigkeit auf ihrem Lager strecken, wenn manches unglücklichen gedankenzerrauten Hirn nur Halbschlaf zuläßt, wenn mancher Rot- und Sorgenbeladene ruhelos umherirrt — dann kommt mit seinem Riesengebrumm ein Geschwader der herrlichen Motorbögel und bringt uns Blumen aus Holland. Abends befördern Bogen die Blumen nach Amsterdam, nachts werden sie verladen, sechs gute Stunden sind sie unterwegs, im Sonnenaufgang landen sie auf dem Tempelhofer Feld, bald danach verduften sie zur Blumenauktion in der Lindenmarkthalde. Arbeiter und andere Kleinverdiener sind es allerdings nicht, die auf den bunten Segen aus dem Westen reflektieren. Auch sie schmücken gern ihre Wohnungen mit Blumen, aber sie sind darauf angewiesen, sich dieses Vergnügen einfacher und billiger herzustellen. Reiner wird sich aber deswegen in Heldenpose werfen und von einem „Verzicht“ sprechen, und jeder wäre zufrieden, wenn die Barockle der herrschenden Klassen manchmal nicht wesentlich „dufter“ wären. Die soziale Seite des nächtlichen Blumenfluges ist gewiß nicht trostlicher als die fast aller anderen wirtschaftlichen Angelegenheiten auch, die ästhetische ist erfreulich, da sogar beglückend. Früher sätierte man, das Licht kommt aus dem Osten, jetzt regnet's Blumen aus dem Westen, wann aber wird es endlich hell und froh überall? Überall und nicht nur in Symbolen.

Aufhebung eines Nachtbetriebes.

Ein Nachtbetrieb wurde in der vergangenen Nacht in der Borfigstraße aufgehoben. Sein Unternehmer war ein Kellner Pruzinski, der je nachdem er gerade eine Wohnung fand, bald hier bald da mit seinen Unternehmungen auftauchte. Vor 14 Tagen fand er bei einem Händler in der Borfigstraße, der mit seiner großen Familie am 2. Hof im Erdgeschoss wohnt, ein Zimmer, das ihm passend erschien. Er ließ es rot tapazieren und mit roten Lampen ausstatten, um die Wirkung von Raktänzen zu steigern. Daß auch minderjährige Kinder seiner Wirtheute wegen der räumlichen Beschränkung seinen Veranstaltungen zusehen mußten, störte ihn nicht. Aus dem Hause heraus gelangten der Kriminalpolizei wiederholt Beschwerden über das nächtliche Treiben zu. Das Haus wurde daraufhin beobachtet und in der vergangenen Nacht gelang es, den Betrieb zu überraschen. 11 Personen wurden nach der Wache des 5. Reviers gebracht und festgestellt. Eine der Tänzerinnen, die den Spitznamen „Klapperschlange“ führt, wurde in einem Bouillotteller in der Nähe verhaftet. Sie hatte für einen Mann aus der Provinz, der zu den Teilnehmern an diesen Veranstaltungen gehörte, einen Hundertmarkschein wegschleichen lassen, aber nicht daran gedacht, zurückzugehen und das Kleingeld herauszugeben. Der Kellner Pruzinski, der 50 bis 80 M. Eintrittsgeld erhob und sich auch den Sekt und andere Getränke entsprechend hoch bezahlten ließ, und die beiden Tänzerinnen wurden verhaftet. Die Gasse wurden auf der Wache festgesetzt und dann wieder entlassen.

Aus der Haft entlassen...

Vor einigen Tagen berichteten wir von der Verhaftung des unter Verdacht des Totschlages festgenommenen Schlächtermeisters Jung hanel in Pantow, Wollantstraße. Da vermutlich Fluchtverdacht nicht vorlag, wurde J. vorläufig aus der Haft entlassen. Seine Rückkehr verbreitete sich sehr schnell. Es fanden wiederholt große Menschenansammlungen vor seinem Waden statt, die sehr bedrohliche Haltung einnahmen. Nur durch das Erscheinen starker Polizeiposten konnte die erregte Menge vor Unbesonnenheiten zurückgehalten werden. Gestern Abend war die Straße vor dem Geschäft wieder der Schauplatz eines größeren Tumultes. Kommunistische Jugend zog in größerer Anzahl in einem Demonstrationsszuge, der bereits zum Mittwoch Abend sonderbarerweise von der „Welt am Abend“ angekündigt war, gegen 8 Uhr abends auf und erging sich in Schmäh- und Drohrufen auf Jung hanel. Auch gestern Abend behütete nur ein großes Polizeigebot größere Ansammlungen. Die Erregung der Bevölkerung über die Tat des Mörders ist sehr gut zu verstehen. Verwunderlich erscheint es allerdings, daß J. nach einigerläufiger Haft wieder entlassen wurde.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Volksausgabe bei.

Ein Handtaschenräuber wurde gestern Abend auf frischer Tat festgenommen. Eine Hausangestellte Emma Gohle aus der Potsdamer Straße zu Friesenau befand sich auf dem Heimwege, als sie vor dem Hause Weidestraße 25 plötzlich überfallen wurde. Ein Begaselgerer verlor die Ahnung, löser einen Faustschlag ins Gesicht, würgte sie und entriß ihr die Handtasche. Auf ihre Hilferufe verfolgten Passanten und Beamte

des 177. Reviers ihn, ergriffen ihn in den Gartenanlagen der in der Straße betriebenen Kleingarten, brachten ihn nach der Wache und stellten ihn fest. Der Verhaftete wurde dann der Kriminalpolizei vorgeführt.

Die Graphologie auf der Anklagebank.

Geschäft mit Handschriftenproben.
Heute findet im Kleinen Schwurgerichtssaal des alten Kriminalgerichts ein interessanter Prozeß statt. Das Thema „Graphologie und Charakter“ soll öffentlich von bekannten Graphologen, wie Prof. Dr. Schneidemühl, Görthelm, Dr. Langenbruch, Dr. Schneiders und anderen diskutiert werden. Die Anklagen werden wohl hart aneinanderstoßen. — Ende vorigen Jahres erschienen nämlich in verschiedenen Zeitungen Inserate, in denen ein Institut zur Förderung der wissenschaftlichen Handschriftenbeurteilung“ die schönsten Proben und die stärksten Männer aufarbeitete, Handschriftenproben einzuschicken, Rückporto und 4 M. sollten beigefügt werden. Als Gegenleistung wurde versprochen: Die Beurteilung von 108 „Ehrengaben“ in der Gesamtsumme von etwa 16 000 M., die Handschriftenbeurteilung und eventuell die Verleihung eines Wertes über Graphologie von Prof. Dr. Schneidemühl. Es hieß ferner, daß die Preise beim Notar Dr. Höpffinger hinterlegt seien. Die eingelaufenen Handschriftenproben, mehr als 1000 an der Zahl, wurden jedoch von den Behörden beschlagnahmt und der Leiter des Instituts, der Kaufmann Res, wegen unzulässiger dienstlicher Ausbeutung, wegen Betrages und Beleidigung unter Anklage gestellt. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er durch sein Preisausstellen den Ansehen erweckt habe, als hätte hier auch Prof. Dr. Schneidemühl seine Hand im Spiele und als hätte der Notar Dr. Höpffinger die Erlaubnis zur Hinterlegung der Preise bei ihm gegeben. Soides soll jedoch nicht der Fall gewesen sein. Außerdem steht die Anklage auf dem Standpunkte, daß die Graphologie keine Wissenschaft sei, und daß die Bestimmung des Charakters von zufälligen Gaben der Graphologen abhängt. Auf dieses Problem wird sich nun das Interesse der Gerichtsbeurteilung konzentrieren. Die Graphologie dürfte keinen leichten Stand haben. Die verschiedenen Sachverständigen werden je nach ihrer praktischen Einstellung zur Graphologie den einen oder den anderen Standpunkt vertreten. Noch schwerer dürfte der Stand des Richters sein, der in diesem Prozeß den Schiedsrichter zu spielen haben wird.

Autofazammenstoß. Am 8. vormittags erfolgte in Richterfelde, Unter den Eichen, am Aternplatz, ein Zusammenstoß zwischen der Kradmotorische Ia 9323 und dem Personkraftwagen Ia 11843. Hierbei wurde der Anlasse des Personkraftwagens ein Direktor Biau aus der Stiegler Str. 2, durch Gasplücker leicht verletzt. Biau erhielt einen Patzerband und konnte dann in seine Wohnung gebracht werden. Der Personkraftwagen ist vollkommen zertrümmert und mußte abgeschleppt werden. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

Angefahren und getötet. Am Vormittag wurde der Schulmeister Adolf Berl, Hochmeisterstraße wohnhaft, in der Unienstraße, Ecke Rosenhofer Straße, auf dem Fahrrad legend schwer verletzt aufgefahren. Nach Zeugnisaussagen soll L. von einem Lastkraftwagen Ia 21166 angefahren worden sein. L. wurde zur Rettungspolizei gebracht, wo der Arzt den Tod feststellte. Er hatte eine schwere Schädelverletzung festgestellt. Der Führer des Lastkraftwagens ergriff die Flucht, es gelang jedoch einem anderen Kraftwagenführer, die Nummer des Lastkraftwagens festzustellen.

Die Eröffnung des Freibades Wannsee findet am Sonntag, 10. Mai, statt. Die Eintrittspreise sind im Gegensatz zu anderen Bädern wie im Vorjahr, und zwar Erwachsene 10 P., Kinder 5 P., Kinder unter 4 Jahren frei. Schulen in Begleitung der Lehrer haben freien Eintritt. Restaurationsbetrieb mit Mittagstisch, zu dem zwar Bier, aber kein Schnaps gereicht wird, ist auch im Gange.

Strohbahnverkehr nach Gartenfeld. Vom Sonntag, den 10. Mai d. J., ab wird im Interesse des Ausflugsverkehrs der Betrieb auf der Linie 64 an Sonn- und Feiertagen während des Sommers frühzeitig aufgenommen. Die Wagen verkehren ab Dönhofsplatz bis Gartenfeld von 8,02 Uhr morgens bis 10,47 Uhr nachts (bis Danabrücker Straße bis 12,47 Uhr nachts), ab Gartenfeld bis Dönhofsplatz bis 11,33 Uhr nachts, bis Charlottenburg, Anio, außerdem 11,48 und 12,03 Uhr nachts.

Auf dem Kaiserjudentag in Kaulsdorf wurde eine Blinde gefunden. Abzuholen bei Leopold Schneider, Neuböden, Köpferer-Str. 46 (abends zwischen 6 und 7 Uhr).

Die große Volkszählung in Berlin. Wie bekannt, finden am 16. Juni gemäß dem Reichsgesetz vom 13. März 1925 die großen Zählungen (Wahl-, Berufs- und Betriebszählung) statt. Wie auch in den früheren Jahren ist durch die Landesregierungen die Durchführung dieser Zählungen in Orten mit staatlicher Polizeiverwaltung der Ortsbehörde und der Polizeibehörde gemeinsam übertragen. Zur Vorbereitung dieser großen Zählungen findet am 3. Mai eine Grundstücks- und Wohnungsaufnahme statt.

Flugveranstaltungen für die höheren Schulen. Am 16. und am 23. Mai, nachm. 3 Uhr, finden auf dem Flugplatz Staaken Flugveranstaltungen für Schüler und Schülerinnen der höheren Schulen Berlins statt, um die Jugend mit dem Flugsport und dem neuesten Verkehrsmittel vertraut zu machen.

Fünf Scheunen durch Feuer vernichtet. Nach einer Meldung aus Hannover wurden in Worringen, Kreis Nordheim, fünf Scheunen durch Großfeuer völlig vernichtet. Als Entstehungsursache des Brandes nimmt man Brandstiftung an.

**Der Altenburger Giftmordprozeß.
Die Angeklagte unschuldig.**

Altenburg, 8. Mai. (III.) Gestern nachmittag hielt das Schwurgericht Sera, das den Altenburger Giftmordprozeß Mühlich-Hofmann behandelt, im Schlosse Ehrenheim einen Lokaltersmin ab. Durch Verlesung wurde festgestellt, daß die von Frau Mühlich-Hofmann gegebene Darstellung des angeblichen Vergiftungsversuches unmöglich wahr sein kann. Frau Frischke und Frau Mühlich-Hofmann mußten vor dem Gericht Rattee einschicken, während jemand zur Tür ging. Frau Mühlich-Hofmann und dann Landgerichtsdirektor Gebelstein schenkten die drei Tassen Kaffee ein, mischten in die eine Gift und veraußchten dann zwei der Tassen. Es gelang in der kurzen Zeit nicht einmal, die Tassen ordnungsgemäß einzuschicken. Damit war die Darstellung der Frau Mühlich-Hofmann und mit ihr die Anklage erschüttert. Landgerichtsdirektor Gebelstein stellte fest, daß die Anzeige nach dem Ergebnis der Untersuchung unrichtig ist. Das Gericht begab sich dann in das Altenburger Landgerichtsgefängnis und stellte hier fest, daß Frau Dr. Frischke, wie es von den Angelegern befundet worden ist, mit ihrem Mann aus einem Fenster des Untersuchungsgefängnisses Zeichen ausgetauscht haben kann. Durch die bisherige Beweisaufnahme erscheint die Unschuld der Frau Dr. Frischke so gut wie feststehend. Es ist mit großer Sicherheit darauf zu rechnen, daß sie freigesprochen wird. Heute findet die Fortsetzung der Verhandlung statt.

Amundsen's Nordpolfahrt.

Infolge ungünstiger Witterungsanzeigen hat Amundsen den endgültigen Aufstieg zum Polarschutz verschoben müssen. Donnerstags mittig stellte er von Bord der Fram aus niedrige Wolken und Schneetemperaturen im Norden fest. Da es schneit und bewölkt ist, haben die Meteorologen der Expedition von einem Aufstieg am Freitag abgeraten, wenn die Witterung sich nicht bessern würde. Die Eisverhältnisse sind unverändert. Das Schiff 'Hobby' hat sich in der Nähe des Eisrandes des Südkanals der Dänen-Insel verankern können. Längs der Küste wird eine günstige Stelle für den Aufstieg der Flugzeuge gesucht. Eine Depesche Amundsens befaßt unter anderem: Die Schiffe 'Fram' und 'Hobby' sind am Mittwoch morgen an der äußersten Nordküste der Insel Spitzbergen angekommen und haben den ganzen Tag an der Küste verbracht, um einen geeigneten Platz für die Abfahrt der Flugzeuge zu finden. Es war jedoch noch nicht möglich, einen solchen Platz ausfindig zu machen. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß 'Hobby' nicht in die Sellmannsbucht einfahren oder diese Bucht nördlich der Insel Amsterdam durchbrechen kann, da die Eisverhältnisse nicht sehr günstig sind. Der Nordwestwind treibt das Eis nach dem Süden, das jedoch nicht so stark ist, um den Schiffen die Weiterfahrt über den Flugzeugen den Aufstieg zu verwehren. Indessen besteht für die Schiffe keine Hoffnung, die Eisbarriere gegen Osten oder Norden zu durchbrechen. Die Flugzeuge haben den Schiffen noch nicht folgen können, weil eine neue Motorprobe die Notwendigkeit einer kleinen Revision ergeben hat. Die 'Fram' ist ohne Nachricht von den Flugzeugen. Die Meteorologen erklären, die Verzögerung des Aufstiegs der Flugzeuge von der Kingsbay sei eine Vorsichtsmaßnahme, weil die Witterungsverhältnisse dort nicht günstig seien. Der Nordwestwind treibt niedere Wolken gegen die Dänen-Insel und die Temperatur ist von 12 auf 15 Grad unter Null gefallen.

Hungersnot in China. Nach einer Meldung aus Schanghai ist die Provinz Kweichow von einer Hungersnot heimgegriffen. Hunderttausende von Menschen sind dem Hungertode ausgehört. In mehr als 60 Bezirken sterben die Unglücklichen vor Entkräftung auf der Straße. Seit Aufhebung der Ernte des vergangenen Jahres ernähren sich die Bauern von Gras und Baumrinde. In den Dörfern sind Menschenfresser aufgetreten. Eltern verkaufen vielfach ihre Kinder um eine Hand voll Reis. Man befürchtet, daß keine Abhilfemaßnahmen vor der nächsten Weisernte, die nicht vor fünf Monaten zu erwarten ist, getroffen werden können.

Glück im Unglück. Auf dem Flugplatz von Monte Carlo bei Livorno verunglückte nach einer Meldung aus Rom bei einem Probeflug eines neuen viermotorigen Flugzeuges, das mit vier Personen besetzt war, plötzlich drei Motoren, so daß der Apparat zur Erde stürzte. Er fiel jedoch so glücklich in einen wasserarmen Sumpf, daß weder die Fahrgäste noch die Flugmaschine ernsthaften Schäden erlitten.

Wirtschaft

Gegen das Steuerzuschlagsrecht der Gemeinden.

Von besonderer Seite erhalten wir folgende Zuschrift: Gegen das Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden zur Einkommensteuer ist aus wirtschaftlichen Gründen schon viel gesagt worden. Trotzdem ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß ernsthafte finanzpolitische Gründe gleichfalls gegen die Gewährung des Zuschlagsrechts sprechen. Wenn man die Geschichte der Reichsfinanzpolitik vor dem Kriege betrachtet, so sieht man nebeneinander gesunde Finanzen der Länder und Gemeinden und fränke Finanzen des Reiches. Die Krankheit der Reichsfinanzen lag so tief, daß alle paar Jahre die Doktoren zusammenzutreten mußten, um dem Patienten wieder für einige Jahre auf die Beine zu helfen. (Reichsfinanzreformen 1904, 1906, 1909, 1913.) Eine wirkliche Heilung konnten alle diese Reformen den Reichsfinanzen aber nicht bringen, weil der Kern des Übels aus politischen Gründen nicht beseitigt werden konnte. Die Länder hatten sich die Domäne der direkten Steuern selbst vorbehalten, und weil die übrigen Steuern für das Reich schon damals nicht ausreichten, so mußte an Stelle gesunder Fortentwicklung der Reichsfinanzen ein Notbau nach dem andern treten. Erst die Erzberger'sche Steuerreform brachte dem Reich, was es braucht; als Haupteinnahmequelle die Einkommensteuer. Ihre Auswirkung ging aber durch die Inflation verloren. Und gerade jetzt, wo die Einkommensteuer wieder in ihre wirkliche Bedeutung als die eine Hauptsteuer tritt und wo durch Ausgestaltung der Einkommensteuer als bewegliche Hauptsteuer nach englischem Muster ein wesentlicher Schritt zur Gesundung der Reichsfinanzen getan werden könnte — gerade jetzt verlangen die Länder die selbständige Verfügung über den Hauptteil der Einkommensteuer zurück. Die Folge ist klar: entweder fränken die Finanzen des Reiches bald wieder unheilbar, oder das Reich wird bald gezwungen sein, das feste Mittel, das es in der Inflationzeit angewandt und das sich damals in gewissem Grade rechtfertigen ließ, auch jetzt in einer stabilen Wirtschaft als Rückhalt in jeder Notlage zu verwenden, nämlich eine Erhöhung der Umsatzsteuer. Das ist aber wirtschaftlich und sozialpolitisch gleich unerträglich. Darum: keine Landes- und Gemeindeforschläge zur Einkommensteuer.

Die englische Automobilindustrie nach Freigabe der Einfuhr.

Im Gegensatz zu der ungünstigen Lage in der englischen Eisen- und Stahlindustrie und in der Metallindustrie hat die englische Automobilindustrie im letzten Jahre gegen die beiden Vorjahre einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die günstige Entwicklung, die die englische Automobilindustrie in den letzten Jahren nehmen konnte, ist — eine Lehre für die deutsche Automobilindustrie — auf die Verringerung der Herstellungskosten zurückzuführen, die es den einzelnen Automobilunternehmen ermöglichte, einen großen Teil ihrer Produktion auf den ausländischen Märkten unterzubringen. Die nachstehende Uebersicht gibt eine Anschauung von der Entwicklung der Fabrikation:

Jahr	Anzahl	Wert i. Sterl.	Wert p. Einheit i. Sterl.
1922	40 000	20 000 000	500
1923	67 000	24 000 000	358
1924	107 000	36 000 000	341

Die Ermäßigung des Durchschnittspreises pro Einheit betraf vornehmlich auf die Klasse der 10—12-P.S. Automobile. Diese Klasse ist weiterhin die Gegenüberstellung der Zahlen für die Jahre 1923—24, die sich auf die in den beiden genannten Jahren für den Verkehr in England zugelassenen Automobile beziehen. Von 99 280 Einheiten wurden 62 122 in England hergestellt, während 37 108 eingeführt wurden. Im Jahre 1924 lieferten die englischen Automobilfabriken von 124 814 dem Verkehr übergebenen Kraftwagen 89 351, das Ausland 35 463. Nach diesen Ziffern ist der englische Anteil an den im Verkehr befindlichen Automobilen von 62 Proz. im Jahre 1923 auf 70 Proz. im letzten Jahre (gegen 50 Proz. im Jahre 1922) gestiegen. Auch die Er-

zeugung von Lastkraftwagen erfuhr im letzten Jahre eine Steigerung um 5 Proz. Das günstige Ergebnis des letzten Jahres erscheint um so beachtenswerter, als die englische Regierung, wie bekannt, die Automobyleinfuhr im Sommer 1924 freigegeben hat.

Die Gould-Steel-Ship Company in Cardiff hat ihren Kurs angemeldet. Die Gesellschaft ist eine der ersten Schiffsbauer in England und hat im Laufe der Krise versucht, mit Hilfe größerer Kreditaufnahmen den Schiffbau durch billigere Preisstellung zu forcieren. Die sich zuspizende Krise, besonders im Kohlenfrachtgeschäft, ließ den Plan, der überall viele Befürworter gefunden hatte, jetzt scheitern. Die Gould-Gesellschaft arbeitet zuletzt mit einem Kapital von 60 Millionen Goldmark und einem Kredit von 100 Millionen Goldmark. Der Bankrott der Riesenfirma ist für die schlechte Lage des englischen Schiffbaues bezeichnend.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter, Wirtschaft: Arthur Selmann; Gemeindefortschreibung: Felix Chlosta; Neuigkeiten: Dr. Johannes Schwanitz; Soziales und Konkrete: Felix Reuß; Ereignisse: Dr. Glöckner; (ämtlich in Berlin). Verlag: Bornhörs-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Bornhörs-Verlag und Verlagsanstalt 'Boul' Cramer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2, Dienst 1 Bellac.

S. Hoffmann Charlottenburg
Wilmsdorfer Straße 12
empfiehlt sein reichhaltiges
Lager an selbstfabrizierter
Herren- u. Knaben-Bekleidung
zu sehr billigen Preisen.

Neu eröffnet! Blumenstr. 94 Neu eröffnet! Schillingstr. 1

An Alle
Arbeiter, Angestellte, Beamte etc. etc. geben wir

KREDIT

Es ist eine soziale Notwendigkeit!
Unser Teilzahlungssystem ist nicht zu verwechseln mit dem üblichen Abzahlungssystem. Wir geben nur bei billigen Preisen Qualitätsware auf Kredit!

Beachten Sie unsere 5 Schaufenster, in welchen unsere Preise ersichtlich sind.

Spezialabteilung: Anfertigung nach Maß.

Unsere Teilzahlungspreise:

Herren-Sakkoanzüge	moderne Form, haltbare Stoffe	40.-
Sport-Anzüge	2 und 3 teilig aufgesetzte Taschen, Falten usw.	48.-
Herren-Sakkoanzüge	aus Kammgarn, Ersatz für Maß	65.-
Herren-Mäntel	Schweden-Form aus haltbaren Stoffen	48.-
Kinder-Anzüge	In Größen 6—8	11.-
Kinder-Anzüge	In Größen 4—6	13.-
Burschen-Anzüge	In Größen 36—42	28.-

Beachten Sie gefl. unsere 5 Schaufenster!

S. Simon's Bekleidungs-G. m. b. H.
Blumenstraße 94 Schillingstraße 1

JUHL für Feinraucher

8 Treffer:

Donauschloß	50 J
Verweser	40 J
Denkmünze	30 J
Paladin	30 J
Feenprinz	25 J
Juhlstern	25 J
Gestüt Graditz	20 J
Juhltrumpf	15 J

ZIGARENFABRIKEN
JUHL
Berlin-Pankow

Erhältlich in besseren Zigaretengeschäften!

Sternfeld's billige Tage

Billige Strumpfangebote

Damenstrümpfe	schwarz	Paar 32 Pf.
Damenstrümpfe	gut verstrickt	Paar 53 Pf.
Damenstrümpfe	Doppeltsohle u. Hochferse	75 Pf.
Damenstrümpfe	Seidenimitation, farbig	75 Pf.
Damenstrümpfe	Seidenflor, mod. Farben	1.25
Damenstrümpfe	Kunstseide, mod. Farben	1.03
Damenstrümpfe	prima Seidenflor, mod. Farben	1.95
Herrensocken	einfarbig	Paar 48 Pf.
Herrensocken	gran, haltbare Qualität	Paar 55 Pf.
Herrensocken	einfarbig	Paar 75 Pf.
Herrensocken	gemustert	Paar 95 Pf.
Korsett	moderne Form, grau moe	2.25
Müßthalter	mit Gummi u. 2 Paar Strumpfhalter	3.25
Müßthalter	mit Gummi u. 1 Paar Strumpfhalter	3.75

3 Serien Mäntel

Donagal-Mantel Serie I 3,95
Covercoat-Mantel Serie II 5,95
Tuch-Mantel Serie III 16,95

2 Serien Kostüme

Sport-Kostüm Serie I 9,95
Cheviot-Kostüm Serie II 19,95

2 Serien Kleider

Musseline-Kleider Serie I 2,95
Frotté-Kleider Serie II 6,95

2 Serien Blusen

Musseline-Kasack Serie I 2,95
Kunstseid. Kasack Serie II 4,95

Posten Kindersöckchen

Größe 1-3	48 Pf.	Größe 4-6	58 Pf.	Größe 7-10	68 Pf.
-----------	--------	-----------	--------	------------	--------

Sonder-Angebote in:

Kinderschlüpfer	alle Größen	95 Pf.
Damenschlüpfer	farbig	1.25
Damenschlüpfer	Kunstseide	1.95
Woll-Kinderstrickwesten	Posten I, Größe 35-45 durchweg	4,75
Woll-Kinderstrickwesten	Posten II, Größe 30-60 durchweg	5,75
Woll-Damenstrickwesten	In schönen Farben	6,90
Herren-Mako-Hosen	alle Größen	2,10
Herren-Mako-Hemden	alle Größen	2,45

Handschuhe

Kinderhandschuhe	Größe 3	75 Pf.
Damenhandschuhe	gran, braun	85 Pf.
Damenhandschuhe	Modelfarben	1.25
Herrenhandschuhe	gran, braun	1.25

Perkal für Blusen und Oberhemden Meter 68, **75 Pf.**

Waschmusseline 80 cm breit Meter 1,40, 68, **68 Pf.**

Wollmusseline aparte Des. 1,15 Meter 3,75, **2.90**

NEUNOLLN-HERMANNSTR. 210
Sternfeld

Voll-Voile fürlich bedruckt, 100 cm breit Meter 2,95, **2.45**

Kleider-Frotté 100 cm breit Meter 1,95, 1,75 **1.25**

Foulardine neue Muster, 100 cm breit Meter 2,95, 2,25 **1.75**

Gewerkschaftsbewegung

Agentur- und Handelsanerbietungen.

Die mit dieser Heberchrift in den „Bundes-Mitteilungen für die Ortsauschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ erhaltene Rechnung an die Betriebsräte verdient weitestgehende Verbreitung in den Reihen der Arbeiterchaft:

„Die Einführung der festen Währung hat u. a. auch die erfreuliche Wirkung gezeigt, daß die lange Zeit geübte Warenjurisdiction durch ein starkes Warenangebot abgelöst wurde. Der damit verbundene Konkurrenzkampf hat fündige Unternehmer auf den Gedanken gebracht, gewerkschaftliche Einrichtungen in den Dienst ihres eigenen Unternehmens zu stellen. Die Betriebsräte scheinen ihnen dazu besonders geeignete Objekte. Mit dem Köder eines kleinen Nebenverdienstes versuchen sie die Betriebsräte für den Vertrieb bestimmter Waren innerhalb der Betriebsabteilungen zu interessieren, wobei sich einzelne Firmen nicht einmal scheuen — der Wahrheit zumider — ihr Bestreben auf eine besondere Empfehlung der zuständigen Gewerkschaft bzw. bekannter Gewerkschaftsangehörigen zurückzuführen.“

Ein solcher Warenhandel innerhalb des Betriebes kann nicht Aufgabe der Betriebsräte sein, und jeder Betriebsrat, der es mit der Erfüllung der ihm obliegenden Arbeiten ernst nimmt, sollte alle derartigen Ansuchen ablehnen. Bei diesem Hinweis leitet uns nicht nur die Erkenntnis, daß der Arbeitgeber an einer solchen Verletzung der Kräfte seiner Betriebsräte große Freude hat, sondern vor allem die Tatsache, daß ein solcher Warenhandel mit den Bestrebungen der Arbeiterchaft, die Macht der Käufer in eigenen Konsumgenossenschaften zu sammeln, im argsten Widerspruch steht. Statt der Übernahme eines solchen Warenhandels sollten die Betriebsräte lieber sfter Personifikation nehmen, im Kreise der Betriebsangehörigen für die Konsumgenossenschaften zu werben, um diese zu einer umfassenden Organisation auszubauen. Ein solches Bestreben liegt weit mehr im Interesse der Arbeiterchaft wie der Sonderdienst, von einzelnen Handelsfirmen durch bereitwillige Übernahme einer Warenvertriebsstelle innerhalb der Betriebe geleistet wird.

In dieser Verbindung glauben wir auch wiederholt alle Ortsauschüsse und Gewerkschaftsteilungen warnen zu müssen, an Geschäftsreisende irgendeine Empfehlung zu geben. Wir müssen feststellen, daß es besonders für den Vertrieb von Bureaueinrichtungen wiederholt geschehen ist, und daß sich die Abnehmer nach Lieferung der bestellten Waren überfordert fühlten. In den Zuschriften an den Bundesvorstand kommt dann zum Ausdruck, daß nur die vorgewiesenen Empfehlungsschreiben Berücksichtigung zu den Kaufabschlüssen gewesen sind.

Auf gleichem Gebiet liegen die Bemühungen verschiedener Versicherungunternehmungen, gewerkschaftliche Vertrauensleute als nebenamtliche Agenten für den Abschluß von Versicherungsverträgen zu gewinnen. Den Vogel dieser Bestrebungen hat sicher ein gewisser Jakob Honrath abgeschrieben, der sich als „Geschäftsführer“ einer „Gemeinnützigen Gesellschaft für Kunst, Literatur und gegenseitige Hilfe“ mit Rundschreiben wohl an alle unsere Arbeitersekretariate gewandt hat. Nach diesem Rundschreiben gewährt diese Gesellschaft angeblich Kranken-, Unfall- und Sterbegeld, während der Mitgliedsbeitrag durch Lieferung einer Zeitschrift „Anker“ quittiert wird. Nach einer uns gewordenen Auskunft ist die größte Vorsicht gegenüber diesem Geschäftsunternehmen am Platze.

Über diese Warnung hinaus fühlen wir uns aber auch bei dieser Gelegenheit verpflichtet, das eigene Versicherungsunternehmen der Arbeiterchaft in Erinnerung zu bringen. Für den Abschluß von Volks-, Spar- und Lebensversicherungen kommt für die Gewerkschaftsmitglieder in erster Linie die „Volksfürsorge“, das von den Gewerkschaften und dem Zentralverband der Konsumvereine gemeinsam ins Leben gerufene, wirklich gemeinnützige Unternehmen in Frage. Die Versicherungsbedingungen sind günstiger, als bei den privaten Versicherungsgesellschaften.“

Der Generalstreik nach Feierabend.

Die Hindenburg-Wahlmacher in der KPD-Zentrale gebärden sich in ihrer „Roten Fahne“, derart, als ob sie selber geklopft hätten, daß die Vorstände der SPD, des ADGB, ihnen dabei helfen würden, den von der KPD-Zentrale organisierten Verrat am 28. April durch einen Generalstreik-Erklär in Vergessenheit zu bringen. Auf ihren wiederholten „Vorschlag“ bekamen die Moskauer die einzig richtige Antwort, nämlich keine. Nun schimpfen sie, der ADGB-Vorstand und der ADGB-Ortsauschluß seien bis heute zu feige gewesen, eine offene Ablehnung des kommunistischen Generalstreik-

plans auszusprechen. Sollte die KPD-Zentrale zu Pfingsten die Weltrevolution in Deutschland proklamieren wollen, werden die Gewerkschaften der „R. F.“ erneut Gelegenheit geben, ihnen „Feigheit“ vorzumwerfen.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter hat in Form eines Rundschreibens an ihre Mitglieder eine Antwort auf die freundliche 24-Stunden-Generalfreil-Einladung gegeben, die den Provokateuren so wenig gefällt, daß sie dieses Rundschreiben als eine unverfälschte Provokation bezeichnen. Die Moskauer jungen Leute dürften ihre Bescheidenheit nicht übertreiben! An unerschämter Provokation haben sie sich bisher nicht übertreffen lassen und werden auch fernerhin sorgsam darauf bedacht sein, daß ihnen auf diesem Gebiete keine den Rang abläuft. Sie bekunden dies denn auch erneut, indem sie die freigewerkschaftlichen Instanzen unter Druck setzen wollen, der in den nächsten Tagen immer stärker werden soll.

„Wir wollen“, erklärt die KPD-Zentrale in der „R. F.“, „daß der ADGB zum Generalstreik aufruft! Das könnte den Herrschern so passen! Sie werden aber ihre Geschäfte schon selber besorgen müssen. Weil sie wissen, daß ihre abgestandene Generalstreikparole nicht zieht, blasen sie zum Rückzug und rufen zu drei Kundgebungen unter freiem Himmel abends um 1/8 Uhr auf, wozu „Massen“ gesucht werden. Es soll ein roter Massenaufmarsch der roten Hindenburg-Wahlhelfer werden.“

Unsere Genossen werden dafür sorgen müssen, daß die geplanten kommunistischen Versammlungen einen von den Gewerkschaftsmitgliedern gänzlich ungestörten Verlauf nehmen.

Stellenvermittler in der Landwirtschaft.

Im Januar warnte der „Landarbeiter“, das Organ des Deutschen Landarbeitersverbandes, vor der „Deutschen Landwirtschafts-Betriebsgesellschaft“ (von Klühm u. Co.) Berlin W, Krauerstr. 78, die in der „Deutschen Tageszeitung“ sich zur Vermittlung von inländischen Wanderarbeitern empfahl. Die Gesellschaft mit diesem großen Firmenschild stand mit dem „Reichsbund deutscher Aufsicher und Vorarbeiter“ in Verbindung, dessen Hintermänner mehrfach vorbestrafte Stellenvermittler waren. Sie hatte zur gewerkschaftlichen Stellenvermittlung keine Erlaubnis.

Es hatten sich daher kürzlich die Herren von Klühm, Flügge (ehemaliger Offizier), Hoffmann (früher Angestellter im „Reichsbund“) und der wiederholt vorbestrafte Stellenvermittler Gabriel vor Gericht zu verantworten, weil diese „Deutsche Landwirtschafts-Betriebsgesellschaft“ einen nichtkonzessionierten Betrieb gewerkschaftlicher Stellenvermittlung darstellte. Verurteilt wurden Gabriel zu 600 M., Hoffmann und v. Klühm zu je 300 M. Geldstrafen, während das Verfahren gegen Flügge abgetrennt wurde, da er erst nach Schluß der Gerichtsverhandlung erkrankte.

Bemerkte sei noch, daß der „Reichsbund deutscher Aufsicher und Vorarbeiter“ dem „Reichslandbund“ bzw. dem „Reichsarbeiterlandbund“ Körperschaftlich angeschlossen ist.

Es bleibt abzuwarten, ob die Herrschaften das Geschäft unter der alten Firma oder einer neuen „unverändert“ fortsetzen.

Anfeindung internationaler Solidarität.

Die dänischen Arbeiter verachten bereits seit Wochen einen berechtigten Kampf um ihre Existenz. Jeder Kampf, welcher Art er auch sei, aber kostet Geld, und mit dem Augenblick, wo die finanziellen Mittel zur Fortführung des einmal begonnenen Kampfes ausbleiben, ist die Schlacht verloren. Die dänische Arbeiterchaft hat im Verlauf der letzten Monate unter den Bakula-Jungen ihres Landes ganz besonders gelitten. Die Mittel sind zwar nicht erschöpft, aber sie reichen dennoch nicht, den Kampf um die Existenz siegreich zu Ende zu führen.

Als die deutsche Arbeiterchaft vor, während und nach der Inflation in einem ähnlichen Ringen stand, wie es jetzt von den dänischen Arbeitskollegen ausgeführt wird, zögerten die dänischen Gewerkschaften keinen Augenblick, uns in Deutschland, so gut es in ihren Kräften stand, zu helfen. Sagen wir es ganz offen: nicht zuletzt verdanken wir es den dänischen Arbeitern, wenn unsere Partei und die Gewerkschaften die Wirren der Inflation überstanden und heute wieder festen Fuß gefaßt haben. Diese Situation verpflichtet zu einer Anerkennung der uns damals gelehenen dänischen Hilfe. Sie verpflichtet, weil es den dänischen Gewerkschaften finanziell nicht besonders gut geht, während die deutsche Partei und ebenfalls die Gewerkschaftsorganisationen im Vergleich wesentlich besser gestellt sind. Aus diesem Grunde hat der Allgemeine Deutsche

Gewerkschaftsbund den dänischen Gewerkschaften einen Betrag von 400000 M. überwiesen.

Dieser Solidaritätsbeweis benutzt die deutsche Rechtspreffe zu einem würdlosen Angriff auf die deutschen Gewerkschaften und die Partei. Sie embleidet sich nicht, die Unterstützung der dänischen Arbeiter mit dem vor längerer Zeit zwischen der dänischen und der deutschen Sozialdemokratie abgeschlossenen Lebereinkommen, das hauptsächlich die deutsch-dänische Grenze betraf, in Zusammenhang zu bringen. Damals wurde überhaupt, die deutsche Sozialdemokratie habe das Abkommen zu einem finanziellen Geschäft benutzt, während das gleiche jetzt von den dänischen Arbeiterorganisationen gesagt wird. Die Rechtspreffe verleumdet, da das in erster Linie ihre Aufgabe ist und weil sie von Solidaritätsgefühl nichts versteht. Wie hebe aber wird die Arbeiterchaft der Welt nicht abhalten, sich gegenseitig zu unterstützen und zu helfen, wenn es erforderlich und wenn es möglich ist.

England und das Achtstundentagsabkommen.

Zust am 1. Mai wurde im Unterhaus über den Initiativantrag des Arbeiterabgeordneten Buchanan verhandelt, die Regierung möge das Washingtoner Achtstundentagsabkommen ratifizieren.

Von der Arbeiterpartei sprachen für den Antrag u. a. David Kirkwood und Genosse Tom Shaw, der gewesene Arbeitsminister im Kabinett MacDonald und Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Genosse Shaw erinnerte daran, daß bereits frühere bürgerliche Regierungen die Ratifikation der Konvention von Washington zugesagt hatten. Die Versprechungen, die in der Kriegszeit den Arbeitern gemacht worden waren, seien nicht gehalten worden; nur einer einzigen Klasse habe man die Zulagen der Kriegszeit mehr als eingehalten — den Kapitalisten, die ihr Geld herließen.

Der Arbeitsminister Steef-Maitland machte allerlei Einwendungen gegen den „schematischen“ Achtstundentag, die konservative Regierung lehnte — wie nicht anders zu erwarten — den Initiativantrag ab und das Unterhaus verwarf den Antrag mit 223 gegen 128 Stimmen.

Ohne auf die Ratifikation zu verzichten, werden die englischen Arbeiter gleich den deutschen Arbeitern sich den Achtstundentag neu erkämpfen müssen.

London und Moskau.

London, 8. Mai. (W.B.) Das Bureau des Generalrates des britischen Gewerkschafts Kongresses veröffentlicht den offiziellen Bericht über die vom 6. bis 8. April abgehaltene Konferenz mit den Vertretern des allrussischen Gewerkschaftsrates. Wie bereits früher gemeldet wurde, beschloß, daß englischerseits dem internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam der Vorschlag unterbreitet werden soll, unverzüglich eine Konferenz mit Vertretern des allrussischen Gewerkschaftsrates einzuberufen, um die Frage der Vereinigung der internationalen Arbeiterbewegung zu erörtern. Sollte das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes sich nicht entschließen können, eine solche Konferenz einzuberufen, dann wird der Generalrat des britischen Gewerkschafts Kongresses die Konferenz einzuberufen und sich bemühen, die internationale Einigkeit durch vernünftige Aktion zwischen der russischen Bewegung und dem Amsterdamer Bureau zu fördern. Die russische Delegation erklärte dem Bericht zufolge, sie werde bei der nächsten Sitzung des allrussischen Gewerkschaftsrates die Erklärung der britischen Vertreter vorlegen und zur Genehmigung empfehlen. Am Schluß des Berichtes wird gesagt, die Angelegenheit werde binnen kurzem in Amsterdam besprochen werden.

Dezimalwagen



Bären-Stiefel advertisement featuring an illustration of a bear and several styles of boots. Text includes 'der solide Strapazier-Stiefel für StraÙe und Sport' and 'Bähr spittel-markt 7 u. Friedrichstraße 120'.

In riesiger Auswahl

Bieten wir für Herren, Jünglinge und Knaben moderne Kleidung zu niedrigsten Preisen



- List of clothing items and prices: Sakko-Anzug (38.00), Covercoat - Paletots (68.00), Herren-Bodenmäntel (27.00), Sakko-Anzug (53.00), Herr.-Paletots (48.00), Damen-Gab.-Mäntel (53.00), Sakko-Anzug (65.00), Wander-Anzüge (48.00), Dam.-Gummimäntel (27.00), Sakko-Anzug (74.00), Sport-Anzüge (56.00), Damen-Bodenmäntel (44.00), Sakko-Anzug (85.00), Sport-Anzüge (74.00), Jüngerl.-Sakko-Anzüge (34.00), Sakko-Anzug (110.00), Windjacken (14.50), Jüngerl.-Sport-Anzüge (32.00), Sakko-Anzug (140.00), Herren-Gummimäntel (19.00), Jüngerl.-Ulster (38.00), Blaue Sakko-Anzüge (68.00), Herren-Regenmäntel (85.00), Herren-Ulster (48.00)

Leineweber

Berlin C, Köllnischer Fischmarkt 4-6

